



Presseinformation

Nr. 277/2006

Kiel, Dienstag, 26. September 2006

Bildungspolitik/Schulgesetznovelle

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Ekkehard Klug: „CDU kapituliert vor den SPD-Plänen zur Gemeinschaftsschule und übertrifft die Sozialdemokraten sogar noch bei der Zerschlagung des gegliederten Schulwesens“

- FDP kritisiert Auflösung aller 121 Realschulen in Schleswig-Holstein -

Zur Schulgesetznovelle der CDU/SPD-Landesregierung erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die CDU hat die Sozialdemokraten beim Wettlauf um die Zerschlagung des gegliederten Schulsystems sogar noch übertroffen. Die Union hat nicht nur vor den Plänen der SPD kapituliert, die Gemeinschaftsschule als neue allgemeinbildende Schulart einzuführen. Die CDU hat außerdem bewirkt, dass in den nächsten vier Jahren alle 121 bislang eigenständigen Realschulen aufgelöst werden. Eine Schulart, die beim letzten PISA-Ländervergleich in Schleswig-Holstein in allen Testbereichen (Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften, Problemlösen) bessere Ergebnisse hervorgebracht hat als die Gesamtschulen, wird damit aus der Schullandschaft verschwinden.

Dies ist nicht nur ein bildungspolitisches Vabanquespiel, sondern zugleich auch völlig unnötig. Die demographische Entwicklung erfordert lediglich an einzelnen Standorten die organisatorische Verbindung von Real- und Hauptschulen - keineswegs aber als flächendeckendes Modell. Auch in Rheinland-Pfalz, wo der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck Ministerpräsident ist, sind Haupt- und Realschulen nur dort als ‚Regionalschulen‘ zusammengeführt worden, wo die örtlichen Schülerzahlen dieses Modell erforderlich machen.

Das Förderkonzept der Landesregierung ist außerdem das Papier nicht wert, auf dem es steht. Alle Stellen des „Förderfonds“ wurden zuvor aus den Stellenpools der Haupt- und Realschulen und der Gymnasien abgezogen bzw. sollen in den kommenden Jahren von den Planstellen dieser Schularten abgezogen werden. Die Große Koalition ist ein Bündnis für Bildungsabbau und Scheinlösungen für die Probleme der Schulen.“